



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg  
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

## Elektronischer Versand:

An alle Gasnetzbetreiber  
in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbe-  
hörde Baden-Württemberg

Nachrichtlich:

VfEW Baden-Württemberg e.V.

VkU Landesgruppe Baden-Württemberg

Stuttgart 08.10.2012

Name Herr Dr. Kirschner

Durchwahl 0711 123-2227

E-Mail LRegB@um.bwl.de

Aktenzeichen 6-4455.0/182

(Bitte bei Antwort angeben!)



Rundschreiben 2012/09

Abschaltbare Gasnetzanschlussverträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg (LRegB) hat inzwischen die auf das Rundschreiben Nr. 2012-06 vom 08.08.2012 eingegangenen, oft recht konstruktiven Stellungnahmen ausgewertet.

Für die LRegB steht weiterhin das Ziel im Vordergrund, möglichst kurzfristig für 2013 eine regulatorisch tragfähige Grundlage für den Abschluss abschaltbarer Verträge zu schaffen, wobei beabsichtigt ist, diese oder ähnliche Grundsätze möglichst auch in den Folgejahren anzuwenden. Sofern, insbesondere durch den Gesetz- oder Verordnungsgeber, zu der Thematik künftig andere Detailregelungen Geltung erlangen sollten, bleibt eine angemessene Anpassung vorbehalten.

Die LRegB teilt nunmehr mit, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem Inhalt Sondernetznutzungsentgelte aufgrund von sog. abschaltbaren Gasnetzanschlussverträgen durch Einzelfestlegung im Sinne von § 30 Abs. 2 Nr. 8 GasNEV genehmigt werden können.

## **1. Zweck der abschaltbaren Verträge**

Abschaltbare Verträge müssen im Sinne der §§ 16a, 16 EnWG die Versorgungssicherheit stärken und können auch zur angemessenen Optimierung von Lastspitzen eingesetzt werden.

Mitnahmeeffekte sind zu vermeiden. Mitnahmeeffekte liegen z.B. dann vor, wenn die Abschaltung eines Letztverbrauchers aufgrund seines prognostizierten Abnahmeverhaltens (Lastverlaufs) keinen potenziellen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in kritischen Situationen oder zur Optimierung von Lastspitzen erwarten lässt (z.B. denkbar bei reinen Saisonbetrieben oder wenn die Bezugshochlast offenkundig außerhalb der Monate sein wird, in denen die Höchstlastzeitfenster zu erwarten sind).

Verträge, die die vorgenannten Voraussetzungen nicht erfüllen, sind nicht genehmigungsfähig, d.h. es können keine (abgesenkten) Sondernetznutzungsentgelte eingeräumt werden.

## **2. Inhalt der abschaltbaren Verträge**

### **2.1 Vertragsgegenstand**

Die Verträge sind im Prinzip vom Netzbetreiber (NB) mit dem Letztverbraucher abzuschließen. Im Gegenzug wird die Bereitschaft zur Abschaltung über einen Nachlass beim Leistungspreis (Sondernetzentgelt) vergütet, soweit zur Erreichung der o.g. Ziele und nach einem diskriminierungsfreien und die Belange der Vertragspartner berücksichtigenden System der Abschaltung sie im Bedarfsfall erforderlich ist.

Möglich ist auch ein Vertragsabschluss zwischen Letztverbraucher und einem vorgelagerten Netzbetreiber. In diesem Fall ist der NB, an dessen Netz der Letztverbraucher unmittelbar angeschlossen ist, in die Vertragsgestaltung einzubeziehen. Der Nachlass bei den vorgelagerten Netzentgelten ist vom NB an den Letztverbraucher weiterzugeben.

Der Lieferant kann in den Vertrag als Vertragspartei aufgenommen werden oder als Vertreter für den Letztverbraucher fungieren. Ein Lieferantenwechsel darf nicht behindert werden. Die Beteiligten sind dafür verantwortlich, vor Abschluss und bei der Durchführung des Vertrages und bei der Vornahme von Abschaltungen den Lieferanten im notwendigen Umfang zu informieren.

## **2.2 Abschaltbare Leistung, Mindestumfang**

2.2.1) Die vertraglich zugrunde zu legende abschaltbare Leistung ergibt sich grundsätzlich aus dem zu erwartenden Jahreshöchstleistungsbeitrag des Letztverbrauchers (Netznutzers); dabei kann in der Regel auch von dem repräsentativen Jahreshöchstleistungswert des Vorjahres (ohne Abschaltungen oder das Abschaltungsbe-reitschaftspotential) ausgegangen werden. Hat der Letztverbraucher mehrere Ab-nahmestellen, so ist sicherzustellen, dass die zugesagte Reduzierung bei einer Ab-nahmestelle nicht durch eine Erhöhung der bezogenen Leistung an einer anderen Abnahmestelle kompensiert wird.

2.2.2) Nachlässe können Letztverbraucher nur ab einem abschaltbaren Leistungsum-fang von 250 kW erhalten und nur wenn eine registrierende Lastgangmessung (Stun-denwerte) vorhanden ist.

2.2.3) Unterschreitet der Wert des tatsächlichen abschaltbaren Lastpotentials im Ver-tragsjahr den im Vertrag zugrunde gelegten Berechnungswert (z.B. Vorjahres-Jahreshöchstlast), wird das Sondernetznutzungsentgelt maximal aus der Rabattstaf-fel und dem angebotenen abschaltbaren Lastpotential, begrenzt durch die tatsächli-che Jahreshöchstlast berechnet.

### *Beispiel 1)*

1000 kW prognostizierte Jahreshöchstlast, davon 500 kW abschaltbar in den Mona-ten der zu erwartenden Höchstlastzeitfenster. Ist die tatsächliche Jahreshöchstlast z.B. infolge einer konjunkturellen Delle nur 400 kW, so kann maximal ein Nachlass von 80 % auf 400 kW gewährt werden.

### *Beispiel 2)*

Wie zuvor, jedoch tatsächliche Jahreshöchstlast 600 kW. Maximaler Nachlass 80% auf 500 kW.

Differenzen werden über das Regulierungskonto ausgeglichen.

## **2.3 Zulässige Nachlässe und Abschaltdauer**

### **2.3.1 Nachlass ohne Einbeziehung von Überbrückungszeiten in die Abschalt-dauer**

Der Nachlass beträgt ausgehend vom Leistungspreis lt. Preisblatt:

- 40% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 24 h/a“
- 50% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 72 h/a“
- 60% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 168 h/a“
- 80% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 240 h/a“

bezogen auf den vereinbarten abschaltbaren Lastumfang.

Ein „Zuschneiden“ von regulären Leistungspreisen zur attraktiveren Gestaltung ist unzulässig (§§ 15, 18 GasNEV). Im Fall eines gesonderten Netzentgelts gemäß § 20 Abs. 2 GasNEV ist eine Nachlassgewährung nicht möglich.

Das Sondernetzentgelt gilt unabhängig davon, ob die Abschaltung in Anspruch genommen wird. Eine sonstige Vergütung oder Auslagenersatz für den Letztverbraucher ist im Rahmen der Netzentgeltkalkulation nicht anerkennungsfähig.

Abschaltdauer in diesem Sinne ist die Zeit, die der NB vorsehen muss, um zur Erreichung der Schutzziele (Versorgungssicherheit, Lastoptimierung) die Gasbezugslast eines bestimmten Letztverbrauchers vertragsgemäß zu reduzieren oder auf Null zu setzen. Überbrückungszeiten, d.h. Zeiträume, in denen auf Grundlage einer sachgerechten Prognose keine Lastreduzierung zur Erreichung der Schutzziele erforderlich ist, sind nicht Teil der Abschaltdauer (anders die Variante gem. Ziff. 2.3.2). Der Letztverbraucher ist verpflichtet, die Abschaltdauer sowohl in Teilabschnitten als auch zusammenhängend hinzunehmen.

Der NB ist verpflichtet, die Abschaltdauer nachvollziehbar zu dokumentieren.

Hilfsweise kann analog auf die Gedanken zum Höchstlastzeitfenster im Leitfaden der BNetzA zur Genehmigung von individuellen Netzentgelten nach § 19 Abs. 2

StromNEV (Stand September 2011) zurückgegriffen werden.

### **2.3.2 Nachlass mit Einbeziehung von Überbrückungszeiten in die Abschaltdauer**

Abweichend von Ziffer 2.3.1 können Letztverbraucher und NB, allerdings nur zum Zweck der Abwendung von Gefährdungen oder Störungen der Versorgungssicherheit, zudem vereinbaren, dass grundsätzlich auch Überbrückungszeiten (z.B. der Zeitraum zwischen zwei prognostizierten Hochlastzeitfenstern) in die Berechnung der Abschaltdauer einbezogen werden sollen. In diesem Falle verdoppeln sich die zulässigen Abschaltdauerzeiten.

Der Nachlass beträgt somit ausgehend vom Leistungspreis lt. Preisblatt:

- 40% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 48 h/a“
- 50% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 144 h/a“
- 60% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 336 h/a“
- 80% bei einer vereinbarten „Abschaltbereitschaft von 480 h/a.“

Im Übrigen gelten die Ausführungen nach Ziff. 2.3.1 entsprechend. Der NB ist verpflichtet, zudem die Zeitpunkte von Beginn und Ende der „Gefährdungs- oder Störungsphase“ im Sinne des § 16 EnWG zu dokumentieren.

## **2.4. Reaktionszeit**

Es sind leicht umsetzbare Bestimmungen treffen, wie und wann der Letztverbraucher auf die Anforderungen zur Lastreduzierung reagieren muss. Der Letztverbraucher muss klar und unmissverständlich wissen, wann er mit der Lastreduzierung beginnen muss und wann er wieder Last nachfragen darf.

Bei der Vereinbarung zur Reaktionszeit des Letztverbrauchers sind die beiderseitigen Interessen zu berücksichtigen, auch die Reaktionszeit des NB gegenüber dem Vornetzbetreiber sowie die betrieblichen Abläufe beim Letztverbraucher. Grundsätzlich sollte die Reaktionszeitdauer beim Letztverbraucher kleiner sein als die des NB gegenüber dem Vornetzbetreiber.

## **2.5 Gaskraftwerke, Blockheizkraftwerke**

Letztverbraucher, deren Anlagen der Sicherung der allgemeinen Stromversorgung dienen oder dienen können (z.B. Gaskraftwerke) und die nicht in gleichem Umfang auf einen anderen Energieträger umstellen können, können grundsätzlich keinen unterbrechbaren Vertrag im Sinne der vorliegenden Grundsätze erhalten.

Gleiches gilt für Blockheizkraftwerke, insbesondere soweit sie allein oder in der Zusammenschau insoweit systemrelevant für die Stromversorgung sein können, und nicht auf einen anderen Energieträger in gleichem Umfang umstellen können. In Sonderfällen kann die LRegB Ausnahmen zulassen, soweit die erforderliche Wärmeversorgung im Sinne § 53a S. 1 Nr. 2 EnWG oder Dritten zugesicherte Nahwärmeversorgung, insbesondere bezüglich HuK-Kunden, sichergestellt ist.

## **2.6 Entscheidung über die Abschaltung**

Die Entscheidung über die Abschaltung liegt im pflichtgemäßen Ermessen des NB. Er kann im Rahmen seiner gesetzlichen Kooperationsverpflichtung zur Beseitigung und

Gefährdung der Versorgungssicherheit auch auf berechtigtes Verlangen des vorgelagerten Netzbetreibers eine Abschaltung vornehmen.

## **2.7 Sanktionen**

Kommt der Letztverbraucher seiner Abschaltverpflichtung ganz oder teilweise nicht nach, muss der eingeräumte Nachlass wieder den Netzkunden zugute kommen (durch Berücksichtigung über das Regulierungskonto entsprechend § 5 Abs. 1 Satz 1 ARegV). Der NB hat vertraglich sicherzustellen, dass der Letztverbraucher in diesem Fall das reguläre Netzentgelt entrichtet. Im Falle einer Nichtbeitreibbarkeit darf dies nicht zulasten der Netzkunden wirken.

Es ist im Vertrag deutlich zu machen, dass sich der Letztverbraucher im Falle einer Verweigerung der Abschaltung schadensersatzpflichtig machen könnte.

Die Vereinbarung sonstiger Sanktionen ist den Vertragsparteien anheimgestellt. Die LRegB sieht zu Gunsten der NB im Rahmen des Regulierungskontos solche Erlöse aus Sanktionen, z.B. aus Vertragsstrafen, nicht als Erlöse aus Netzentgelten an, d.h. diese Erlöse verbleiben beim Netzbetreiber.

## **2.8 Laufzeit, Kündigung**

Die Vereinbarungen können unbefristet oder befristet sein. Feste Mindestlaufzeiten von mehr als 4 Jahren werden nur in besonderen Fällen (Errichtung neuer alternativer Wärmequellen, kein Ausbau erwartbar) gestattet. Es sind Kündigungsfristen vorzusehen; solche von mehr als einem Jahr sind zu vermeiden. Kündigungsregelungen sind so zu gestalten, dass das Vertragsende möglichst in eine lastschwache Phase fällt.

## **3. Gesamtumfang abschaltbarer Lasten**

Der Anteil abschaltbarer Lasten darf 10% der Gesamtkapazität nicht überschreiten, die beim Vornetzbetreiber nach den branchenüblichen Berechnungen ohne Berücksichtigung abschaltbarer Verträge als Bestelleistung für das Folgejahr zu beantragen wäre. Abweichend davon darf der Anteil abschaltbarer Lasten insoweit erhöht werden, als der Vornetzbetreiber die bestellte Leistung nicht oder nur als unterbrechbare Kapazität zugesagt hat, d.h. maximal bis zur Höhe des nicht oder nur unterbrechbar zugesagten Teils der bestellten Kapazität.

*Beispiel 1)*

Bestellte Kapazität: 900.000 kW

Fest zugesagte Kapazität durch Vornetzbetreiber: 900.000 kW

Abschaltbare Lasten durch unterbrechbare Verträge max. 90.000 kW

*Beispiel 2)*

Bestelle Kapazität: 900.000 kW

Fest zugesagte Kapazität durch Vornetzbetreiber: 790.000 kW

Unterbrechbare Kapazität zugesagt durch Vornetzbetreiber: 110.000 kW

Abschaltbare Lasten durch unterbrechbare Verträge: 90.000 kW + 20.000 kW =  
110.000 kW

Die LRegB kann in begründeten Ausnahmefällen andere Überschreitungen zulassen. Bereits vorhandene und genehmigte abschaltbare Verträge müssen nicht allein deshalb gekündigt werden, weil im Laufe der Zeit die o.g. Schwelle überschritten wird.

#### **4. Genehmigung und Einbeziehung in die Netzentgeltbildung**

##### **4.1 Genehmigungserfordernis**

Sondernetzentgelte aufgrund von abschaltbaren Verträgen sind regulatorisch nur in die Verprobungen einzubeziehen, wenn sie von der LRegB genehmigt worden sind (§ 19 StromNEV analog). Der NB oder der Letztverbraucher hat den Antrag zu stellen. Beizufügen sind der Vertrag und sonstige zur Beurteilung der Genehmigungsvoraussetzungen notwendige Unterlagen, insbesondere eine Darlegung des NB, dass die Vorgaben nach Ziff. 3 eingehalten sind sowie die Lastverläufe des Letztverbrauchers und des NB (jeweils Prognoseverlauf im Folgejahr und Vorjahresverlauf im letzten abgeschlossenen Kalenderjahr). Die LRegB wird voraussichtlich Gebühren i.H.v. 200 bis 300 € je Vertrag und je nach Laufzeit erheben.

Die LRegB behält sich vor, im Einzelfall Genehmigungen erforderlichenfalls mit einem Widerrufsvorbehalt zu versehen.

##### **4.2 Bestehende Verträge**

Bereits bestehende Verträge können ab 1.1.2012 berücksichtigt werden, wenn sie (nachträglich) von der LRegB genehmigt worden sind und spätestens zum 01.01.2013 die oben dargestellten Voraussetzungen erfüllen, ggf. sind Vertragsanpassungen vorzunehmen. Soweit sie nicht bereits in der Verprobung berücksichtigt wurden, findet ein Ausgleich unter analoger Anwendung der Vorschriften über das Regulierungskonto statt.

##### **4.3 Verträge nach dem 15.10.2012**

Verträge, die erst nach dem 15.10.2012 (Veröffentlichungsdatum gem. § 20 Abs. 1 EnWG) abgeschlossen werden, können im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen

noch nachträglich bei der Netzentgeltbildung für 2013 berücksichtigt werden (s. dazu Rundschreiben der LRegB Nr. 2012/7). Ansonsten findet ein Ausgleich über eine analoge Anwendung der Vorschriften über das Regulierungskonto statt.

## **5. Vertragsmuster**

Die Branche wird in Abstimmung mit der LRegB in Kürze ein Vertragsmuster zur Vereinbarung abschaltbarer Lasten entwickeln. Dieses wird alle nach Auffassung der LRegB für eine Genehmigung erforderlichen Regelungen enthalten und den NB zur Orientierung dienen, es ist jedoch nicht als verbindliche Vorgabe oder als Empfehlung der LRegB zu betrachten. Die konkrete Vertragsgestaltung und rechtliche Prüfung, auch im Verhältnis zum jeweiligen Lieferanten, liegt in der Verantwortung der jeweiligen Vertragspartei. Soweit NB vom Mustervertrag abweichen wollen, sind markante inhaltliche Abweichungen der LRegB im Genehmigungsverfahren kenntlich zu machen.

## **6. „Vergabe“ abschaltbarer Kapazitäten**

Abschaltbare Kapazitäten sind diskriminierungsfrei anzubieten. Bei größerer Nachfrage steht die Vergabe abschaltbarer Kapazitäten im diskriminierungsfrei auszuübenden Ermessen des NB. Nachfrager, die unschwer auf andere Brennstoffe ausweichen können oder in besonderem Maße gerade in lasthohen Phasen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit beitragen können, können vorrangig berücksichtigt werden.

## **7. Veröffentlichungspflichten, Dokumentation**

Sondernetzentgelte aufgrund unterbrechbarer Verträge sind unter Angabe des jeweiligen Letztverbrauchers und des Ausspeisepunktes auf dem Preisblatt des NB nach Maßgabe des § 27 Abs. 1 GasNEV zu veröffentlichen und bei Anfrage von Vertrieben hierzu entsprechende Auskünfte zu geben.

Bei Inanspruchnahme von Abschaltungen sind Grund, Dauer und Adressatenkreis zu dokumentieren. Es ist davon auszugehen, dass spätestens bis zur nächsten Kostenprüfung entsprechende Dokumentationen und Nachweise von der LRegB angefordert werden.

## **8. Kooperation mit vorgelagertem Netzbetreiber**

Die LRegB geht davon aus, dass die Verteilernetzbetreiber in kritischen Situationen zur Kooperation mit dem vorgelagerten Netzbetreiber (auch Fernleitungsnetzbetreibern) verpflichtet sind. Auf deren Verlangen sind Art und Umfang der abgeschlosse-



nen Verträge dem vorgelagerten Netzbetreiber mitzuteilen, damit diese bei Versorgungsstörungen einbezogen werden können. Auf begründeten Wunsch des vorgelagerten NB sollten abschaltbare Verträge im vertraglichen Umfang genutzt werden.

#### **9. Künftige gesetzliche Regelungen**

Sofern aufgrund künftiger gesetzlicher Regelungen die Vertragspartner „besser“ gestellt sein können, z.B. ausdrücklich höhere Nachlässe vorgesehen sein sollten, wird die LRegB die obigen Grundsätze entsprechend anpassen.

Bei Rückfragen können Sie sich an Herrn Dr. Kirschner (Durchwahl -2227), Herrn Steinbach (-2216) oder Frau Pross (-2354) wenden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

v. Fritsch